

# ...und wer kontrolliert Ihr Leben?



## Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen

### ZWANGS-WG, WASCHVERBOT UND GEMEINSCHAFTSKLO

# Heime machen krank

Die Landeshauptstadt Dresden leistet sich immer noch diskriminierende Wohnheime für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge. Diese Zwangsunterkünfte verletzen elementare Grundrechte der BewohnerInnen: Menschen, die sich nicht kennen, müssen in engen Zimmern miteinander auskommen, Familien mit Kleinkindern sind oft auf Gemeinschaftssanitärräume und eine Küche pro Etage angewiesen. Gezwungenermaßen im Heim wohnen bedeutet tägliche Kontrolle durch Sozialamt und Heimleitung. Zum Beispiel kann die jeweilige Heimleitung bestimmen, wann im Keller Wäsche gewaschen werden darf und verweigert - etwa bei mangelnder „Kooperation“ - nach eigenem Ermessen die Herausgabe des nötigen Schlüssels. BesucherInnen der Heime müssen sich beim Pförtner ausweisen.

Untätigkeit, Bevormundung und Isolation führen bei vielen HeimbewohnerInnen zu schweren psychischen Problemen. Das Wohnen im Heim erschwert, ja verhindert die Integration der Menschen, denn eine Voraussetzung für Integration ist ein Mindestmaß an Selbstbestimmung. Die Pflicht im Heim zu wohnen bedeutet Ausgrenzung aus der Gesellschaft.

Laut Gesetz hat jede Kommune die Option, geduldete Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Wohnungen, sogenannten dezentralen Unterkünften wohnen zu lassen. Großstädte wie Chemnitz und Leipzig machen davon Gebrauch. Dort wohnen bereits 2/3 der Betroffenen in normalen Wohnungen. Das Sozialamt der Stadt Dresden jedoch bewilligt nur in 27 % der Fälle das Wohnen in Wohnungen – man hat die Leute lieber in einer handlichen Kiste, die man bei Bedarf zuklappen kann. Der politische Wille zur Kontrolle und Repression von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen hat Priorität und lässt die Dresdner Stadtverwaltung sogar bei den Finanzen ein Auge zudrücken: Die Unterhaltung und Verwaltung von Wohnheimen kostet eine Kommune weitaus mehr als die dezentrale Unterbringung.

Das Wegsperrn von Menschen in Not muss ein Ende haben. Die Kampagne gegen Ausgrenzung fordert daher:

1. Das Recht auf freie Wahl des Wohnortes für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge
2. Einen Stadtratsbeschluss zur ausschließlich dezentralen Unterbringung
3. Die zügige Umsetzung des Beschlusses durch die Stadtverwaltung

**Das Ziel ist die Auflösung der Wohnheime in Dresden. 350 AsylbewerberInnen und Geduldeten ein normales Leben ermöglichen!**

e-mail: [kontakt@gegen-ausgrenzung.de](mailto:kontakt@gegen-ausgrenzung.de)  
Internet: <http://www.gegen-ausgrenzung.de>